

---

FDP Main-Kinzig

## **FRAKTION: FDP-KREISTAGSFRAKTION FORDERT MASTERPLAN GEGEN ENERGIEKRISE**

15.08.2022

---

### **FDP-Kreistagsfraktion fordert Masterplan gegen Energiekrise**

„Leider musste das Krisenmanagement des Main-Kinzig-Kreises zur Corona-Pandemie, insbesondere mit Blick auf die Maßnahmen an den Schulen, deutlich kritisiert werden. Dieses Chaos darf sich in der Energiekrise nicht wiederholen,“ fordert die Vorsitzende der FDP-Kreistagsfraktion, Anke Pfeil, die Kreisspitze zum schnellstmöglichen Handeln auf.

Die FDP-Kreistagsfraktion sieht den Main-Kinzig-Kreis nicht gut gerüstet für die drohende Energiekrise. Angesichts einer möglicherweise drohenden Energie-Knappheit im Winter arbeiten viele Kommunen an Krisenplänen und prüfen Maßnahmen zum Einsparen von Gas, die jetzt schon umgesetzt werden sollen.

„In weniger als 50 Tagen beginnt die Heizsaison und von Seiten der Kreisregierung wurde noch kein Konzept vorgelegt, wie der Gasknappheit begegnet werden soll“, erläutert der energiepolitische Sprecher der Kreistagsfraktion, Prof. Dr. Joachim Fetzner.

„Da wir leider bisher keine Anhaltspunkte dafür haben, dass der Kreis seiner Überblicks- und Transparenzfunktion nachkommt, haben wir einen entsprechenden Antrag zur kommenden Kreistagssitzung eingebracht. In diesem fordern wir die Kreisspitze auf einen Maßnahmenkatalog zur Einsparung von Gas und Strom im Bereich aller kommunalen Einrichtungen und Betriebe vorzulegen. Gemeinsam mit den Grundversorgern sollen Alternativen zur Nutzung von Gas geprüft und vorbereitet werden“, erläutert Pfeil die wichtigste Säule des FDP-Antrages.

Zudem sieht der Antrag der FDP-Fraktion vor, dass alle relevanten Katastrophenschutzplanungen in Hinblick auf eine Energieversorgungskrise aktualisiert und angepasst werden. Dabei ist insbesondere sicherzustellen, dass kritische

Infrastruktureinrichtungen, soziale Einrichtungen (beispielsweise Krankenhäuser, Arztpraxen, Pflegeheime, Schulen oder Kindertagesstätten) und systemrelevante Betriebe (z.B. Nahrungsmittelproduktion, Lebensmittelhandel, pharmazeutische Industrie) versorgt werden. In "Stresstests" sollen kritische Versorgungslagen simuliert werden, um Erkenntnisse für Schutz- und Sicherungsmaßnahmen zu gewinnen.

Die FDP-Fraktion fordert außerdem, dass die Bürgerinnen und Bürger in Zusammenarbeit mit den Grundversorgern regelmäßig über die Versorgungslage informieren werden. „Nur wenn alle relevanten Daten und Informationen transparent vorliegen und nachvollziehbar kommuniziert werden, ist ein effizientes Krisenmanagement möglich und kann ein freiwilliges Mitwirken aller erwartet werden“, erläutert Anke Pfeil.

„Wir wollen auch erreichen, dass die Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaft und ihren Selbstverwaltungsorganen zur Sicherung der Gasversorgung von energieintensiven Unternehmen maximiert wird. Die Interessen der durch die Corona-Maßnahmen besonders gebeutelten mittelständischen Wirtschaft sind dabei besonders zu berücksichtigen. Pauschale Abschaltungen durch Allgemeinverfügungen im Falle einer Ausrufung der Notfallstufe sind möglichst zu vermeiden. Je früher die Planung und die Kommunikation mit den Unternehmen vor Ort intensiviert wird, desto geringer kann der Schaden für die Wirtschaft ausfallen“, führt Fetzner weiter aus.

„Auf höherer politischer Ebene sieht man schon wieder die Polarisierung in Politik und Medien,“ beobachtet Joachim Fetzner die aktuelle Berichterstattung. Was die Bürgerinnen und Bürger jedoch brauchen ist das begründete Vertrauen, dass Kreisverwaltung und Kommunen frühzeitig belastbare Krisenszenarien entwickelt haben, sich auf verschiedene Krisenszenarien vorbereiten und jederzeit handlungsfähig bleiben.“

„Bislang deutet nichts darauf hin, wir würden uns aber sehr freuen, wenn wir in der nächsten Kreistagssitzung von der Kreisspitze aufgezeigt bekämen, dass alle Punkte unseres Antrages schon vollumfänglich bearbeitet worden sind. Sofern tatsächlich schon ausgefeilte Konzepte erarbeitet worden sein sollten, wäre die Kritik an der unzureichenden Transparenz- bzw. Informationspolitik der großen Koalition aus SPD und CDU zu erneuern. In einer solchen Situation sollten die begründeten Sorgen der Bevölkerung und der Wirtschaft nicht noch unnötig durch die Politik vergrößert werden“, schließt Anke Pfeil.

[Pressemitteilung und Antrag zum DownloadHerunterladen](#)